

Anfrage Theiler Jacqueline und Mit. über die Folgen einer allfälligen Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative

eröffnet am 6. Mai 2024

Am 9. Juni 2024 stimmt die Stimmbevölkerung über die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP ab. Die Initiative verlangt, dass die Prämien für die Grundversicherung nicht mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens übersteigen dürfen. Sonst müssen der Bund zu zwei Dritteln und die Kantone zu einem Drittel mit Prämienverbilligungen einspringen. Gemäss dem Bundesamt für Gesundheit könnte dies zu jährlichen Mehrausgaben in der Höhe von 3,5 bis 5 Milliarden Franken führen.

Die Kantone sind für die Gesundheitsversorgung verantwortlich. Die Initiative hätte somit weitreichende Konsequenzen für den Kanton Luzern. Die Prämieninitiative beispielsweise hätte gemäss Bundesamt für Gesundheit über 100 Millionen Franken Mehrkosten für den Kanton Luzern zur Folge.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Von welchen Mehrkosten geht der Kanton Luzern bei Annahme der Prämien-Entlastungs-Initiative aus?
2. Wie gedenkt der Kanton die Zusatzkosten zu finanzieren? Sind Sparmassnahmen notwendig?
3. Mit einer bundesweiten Deckelung bei zehn Prozent des verfügbaren Einkommens blendet die Initiative kantonale Unterschiede aus und gefährdet den Föderalismus. Wie steht der Regierungsrat einer wachsenden Zentralisierung des Gesundheitswesens durch eine Annahme der Initiative gegenüber?
4. Wie steht der Regierungsrat unter diesen Voraussetzungen zur Prämien-Entlastungs-Initiative?
5. Von welchen Mehrkosten geht der Regierungsrat beim indirekten Gegenvorschlag aus?

Theiler Jacqueline

Bucher Philipp, Bärtschi Andreas, Hauser Patrick, Dubach Georg, Meier Thomas, Forster Eva, Hauser Michael, Marti André, Wermelinger Sabine, Gut-Rogger Ramona, Boos-Braun Sibylle, Zemp Gaudenz, Scherer Heidi, Beck Ronny, Amrein Ruedi, Arnold Sarah, Erni Roger